

glaube oder nicht, sei Gewissenssache und nicht Sache von Hodscha, Despoten oder des Papstes.

Hoffnung auf einen noch fernen Punkt

So lautete denn das *unausgesprochene Fazit* in Wien: Die Hoffnung in die Lebensfähigkeit der Kirchen auch unter den Bedingungen kommunistischer Herrschaft ist *größer* als die Hoffnung auf die Verwirklichung echter Reli-

gionsfreiheit durch kommunistische Regierungen. Aber eines noch fernen Tages könnte das wieder gestärkte Selbstbewußtsein der Gläubigen und der Mißerfolg atheistischer Erziehung auch unter Kommunisten die Einsicht befördern, daß es im Sinne der Vernunft und der Staatsraison besser sei, Freiheit zu gewähren, als Kirche und Religion durch Spitzel und Polizei gefügig machen zu wollen. Diese Hoffnung bezog sich auf einen noch fernen Punkt, sie muß geschichtlich nicht unreal sein. *David A. Seeber*

„Der Widerstand ist selbstverständlicher geworden“

Ein Gespräch mit Franz Kardinal König

Anlässlich des Kolloquiums über „Religionsfreiheit, Menschenrechte, Entspannung“ (vgl. ds. Heft, S. 301) sprachen wir mit dem Erzbischof von Wien, Franz Kardinal König, über Fragen sowjetischer Religionspolitik und über mögliche Einflüsse, die vom Verhalten des Westens und auch des Vatikans auf die kommunistische „Binnenpolitik“ unterworfenen Kirche ausgehen. Gesprächspartner war David Seeber.

HK: Herr Kardinal, Sie haben, ermuntert durch Johannes XXIII. und wohl auch begünstigt durch die Lage Wiens schon zu einer Zeit Kontakte zu Mitbischöfen und auch zu staatlichen Stellen osteuropäischer Länder geknüpft, als von vatikanischer Ostpolitik – jedenfalls in einer breiteren Öffentlichkeit – noch kaum die Rede war. Was hat sich seither an der Lage der dortigen Kirchen geändert?

König: Geändert hat sich in diesen Jahren – vor allem äußerlich einiges: touristisch, in den Handelsbeziehungen, teilweise auch in den Kulturbeziehungen. Betrachte ich allerdings die Lage der Kirche, dann sind die Veränderungen gegenüber früheren Phasen nicht sehr ins Auge springend. Freilich früher glaubte man sich abgeschieden, von der Kirche im Westen verlassen. Meine ersten Begegnungen und Kontakte haben mir das sehr deutlich gemacht ...

HK: Sehen Sie in der Milderung der Isolierung der Kirchen in den Ostblockländern, zu der sicher auch die Ökumene und für den katholischen Bereich das Zweite Vatikanum beigetragen haben, eine wesentliche Wirkung der Reisediplomatie in diese Länder?

König: Ich glaube schon, daß das eine wichtige Hilfe war, denn die erste Reaktion war immer: wir sehen, man hat uns nicht vergessen; wir spüren durch diesen Besuch, daß wir zusammengehören, daß uns der – damals immer wieder zitierte Eiserner Vorhang – glaubensmäßig nicht trennt. Und noch etwas ist hinzugekommen: Am Anfang herrschte noch ein großer Pessimismus. In der Zwischenzeit hat sich etwas mehr Zuversicht breit gemacht in diesen Ländern. Man hat die Erfahrung gemacht: Wir sind

zwar verfolgt und unterdrückt, aber wir halten aus; der Widerstand ist selbstverständlicher geworden.

HK: Wenn aber jetzt, wie vor wenigen Wochen geschehen, die litauischen Bischöfe, also Bischöfe aus einem Land der Sowjetunion selbst trotz eines spürbar verschlechterten Klimas zwischen dem Vatikan und Moskau, zum erstenmal ihren Ad-limina-Besuch bei Johannes Paul II. abstatten konnten und die Bischöfe dabei sogar die Hoffnung aussprachen, der Papst möge auch einmal Litauen besuchen, dann sind das doch Veränderungen nicht nur atmosphärischer Art?

König: Das ist sicher mehr als ein atmosphärischer Fortschritt. Vor zehn bis fünfzehn Jahren hätte man das sicher noch nicht für möglich gehalten. Aber da spielt auch die öffentliche Meinung eine große Rolle. Man war ursprünglich auf der östlichen Seite sehr besorgt, was es mit sich bringt, wenn man sich mehr öffnet, dem Tourismus zum Beispiel. Aber Touristen – ich spreche jetzt vom naiven Tourismus – haben dann festgestellt: es gibt volle Kirchen in Ungarn, in der ČSSR oder in Polen und selbst in der Sowjetunion. Diese Touristen kamen nach Hause und sagten: sie hätten weder ermordete Pfarrer noch gefolterte Nonnen, noch geplünderte Kirchen gesehen. Sie ließen sich vom Augenschein beeindrucken, ohne im geringsten den Hintergrund zu kennen ...

„Die öffentliche Meinung im Westen ist ein wesentlicher Faktor für die östlichen Machthaber“

HK: Es käme also auch darauf an, in der westlichen öffentlichen Meinung deutlich zu machen, daß eine begrenzte Kultfreiheit noch keine Religionsfreiheit ist?

König: Das ist ein wichtiger Punkt. Wenn ich z. B. an meinen letzten Moskau-Besuch denke: es war eine sehr feierliche Vesper in einer der orthodoxen Kathedralen; der Gottesdienst war äußerst beeindruckend; ich kann mir schon denken, daß der, der das sieht, dann sagt: es ist ja gar nicht so, wie man es uns hier sagt.

HK: Die Wirkung auf kommunistische Regierungen wäre dann unter Umständen: ein bißchen Wahrung des Scheins, ein bißchen Kultfreiheit genügt schon, um den „rechten“ Eindruck zu machen, weil das schon als Religionsfreiheit genommen und das, was fehlt, gar nicht bedacht wird?

König: Das ist so. Ich möchte aber noch etwas Zusätzliches sagen. In manchen Ländern war es zu gewissen Zeiten sehr wichtig, verlauten zu lassen, daß es Kontakte zum Vatikan gibt. Ich möchte kein Land nennen, habe dabei aber ein bestimmtes im Auge, in dem man mir sagte: Wir sind gerade daran, wieder Gespräche in Gang zu bringen. Im Vatikan aber sagte man mir: keine Spur davon. Die öffentliche Meinung im Westen ist ein wesentlicher Faktor für die Einstellung östlicher Machthaber; damit wird natürlich auch gespielt.

HK: Trotz der Erweiterung von Bewegungs- und Begegnungsspielraum ist es bisher nicht gelungen, in allen Ländern des Ostblocks und schon gar nicht in allen Diözesen eine ordentliche kirchliche Hierarchie zu erhalten oder wieder herzustellen, obwohl sich besonders unter Paul VI. die vatikanischen Bemühungen vor allem darauf konzentriert haben ...

König: Das ist sicher ein interessanter Hinweis, denn der Vatikan hat sehr darauf gesetzt: Wenn wir Bischöfe ernennen können, haben wir wenigstens einen Kristallisationspunkt. Alles andere wird sich dann im Verlauf der Zeit ergeben ...

HK: War das nicht im Ansatz schon eine Engführung?

König: Das war eine schwierige Sache. Es hat sich herausgestellt, daß Bischöfe nur auf dem Kompromißwege erreichbar sind: Östliche Regierungen bieten ihre Kandidatenlisten an, der Vatikan hat die seinen, dann muß eine Lösung gefunden werden, soweit Lösungen in solchen Fällen überhaupt möglich sind. Man mußte damit von vornherein einen Unsicherheitsfaktor berücksichtigen. Man konnte nicht immer genau wissen, wohin ein Kandidat neigt und welche Neigungen welche Rolle spielen. Ich weiß von einem Land, daß von Gläubigen dort signalisiert wurde, man solle sie doch mit den Kapitelvikaren leben lassen. Wie man mit den Kapitelvikaren dran sei, wisse man; werde ein Bischof ernannt, dann wisse man das nicht immer so genau.

HK: Aber eine solche Praxis kann nicht ewig fortgesetzt werden ...

König: Sie ist insoweit ohne Probleme, als der Staat dabei selbst entscheiden kann bzw. de facto entscheidet. Deswegen weiß man auch von vornherein, von wem die Kapitelvikare in erster Linie abhängig sind.

HK: Aber möglich ist so etwas höchstens als Übergangslösung, und kompromittiert ist die Kirche damit nicht weniger als durch die Ernennung zwiespältiger oder verunsicherter Bischöfe ...

König: Natürlich kann das nur eine Übergangslösung, eine Notlösung sein, auch wenn man von staatlicher Seite keine Schwierigkeiten sieht, das auf Dauer so zu belassen.

„Man will nicht abwarten, sondern mit den Mitteln des Staates nachhelfen“

HK: Trotz des übergreifenden sowjetischen Willens, den Kirchen und ihren Gläubigen das Leben möglichst schwer zu machen, ist die Intensität der Unterdrückung in den einzelnen Ländern je nach öffentlicher Mächtigkeit der Kirche, der orthodoxen wie der katholischen, doch recht unterschiedlich. Gibt es unter sowjetischem Einfluß noch so etwas wie eine einheitliche Religionspolitik von der ČSSR bis Vietnam, wenn wir Albanien, das nicht zum Warschauer Pakt gehört, und selbst China einmal weglassen?

König: Eine interessante Frage. Es gibt, wie Sie wissen, in jedem Land ein staatliches Kirchenamt, meist im Rang eines Staatssekretariats. Ich habe mich in einem kommunistischen Lande einmal sehr interessiert, ob und wie weit es im Osten Kontakte zwischen den verschiedenen Kirchenämtern gibt, und der betreffende Herr, der relativ offen mit mir sprach, sagte mir, man komme zwei- bis dreimal im Jahr zusammen, um gemeinsame Angelegenheiten zu besprechen ...

HK: Man weiß eigentlich im Westen zu wenig über diese Kirchenämter und über Formen und Inhalte ihrer Zusammenarbeit, außer wenn wie jüngst in der Tschechoslowakei einer der Kirchensekretäre in einen Skandal verwickelt ist, erfährt man in der westlichen Presse kaum etwas über sie und in der östlichen natürlich schon gar nichts ...

König: Deren Arbeit ist ihrer Natur nach wenig öffentlich zugänglich. Ich habe mir dem betreffenden Kirchensekretär gegenüber, der mir das erzählte, die Frechheit erlaubt und gesagt: Sie treffen sich auf solche Weise und dabei sagen sie immer, es gehe ihnen in allem um den Menschen. Uns, der Kirche, geht es ebenfalls um den Menschen: Lassen sie uns deshalb einfach einmal zusammenkommen und gemeinsam einen Gedankenaustausch versuchen. Als ich das vorschlug, stutzte der Betreffende, sagte aber nur, das sei jetzt zu schwierig; vielleicht später ...

HK: Die staatlichen Kirchensekretariate sind notwendigerweise Kontaktpartner kirchlicher Würdenträger, aber könnten sie auch wirkliche Dialogpartner sein?

König: Es sind keine Dialogpartner nach westlichen Maßstäben; aber sie exekutieren die Religionspolitik ihrer Regierungen bzw. ihrer Parteien. Sie tun das, Sie haben es schon angesprochen, je nach der Situation des Landes, des Zustandes der Partei auf verschiedene Weise, adaptieren und exekutieren die Religionspolitik jeweils nach der Eigenprägung der Verhältnisse eines Landes. Sie sind ein wichtiger Faktor natürlich vor allem deswegen, weil sie es

sind, die das kirchliche Leben kontrollieren und in dieses auch eingreifen, die sagen, was sein darf und was nach den Vorstellungen kommunistischer Regierungen nicht sein darf.

HK: Aber festgelegt wird die Religionspolitik in den Parteizentralen, wenigstens in den Grundsätzen, die vermutlich mehr sind als nur Rahmenbedingungen, innerhalb deren jede nationale Partei nach eigener Flexibilität verfährt. Hat sich Ihrer Meinung nach in den Grundlinien etwas geändert?

König: Es gibt trotz aller Verschiedenheiten nach wie vor eine gemeinsame Linie, die nach meinem Wissen auch unverändert vom sowjetischen Bereich aus bestimmt wird. Religionspolitik ist Teil der gemeinsamen Politik kommunistischer Staaten. Sie geht, so muß man das wohl sehen, unverändert von der kommunistischen Maxime aus, daß Religion keinen Platz in einer kommunistischen Gesellschaft haben darf, daß sie in dem Maße zum Absterben verurteilt ist, in dem ihr Verständnis vom Sozialismus verwirklicht wird. Und man will dabei nicht einfach abwarten, sondern mit den Mitteln des Staates nachhelfen. Dabei paßt sie sich natürlich den je eigenen Möglichkeiten an und auch dem Einfluß, den die Kirche in der Bevölkerung eines Landes hat.

„Die Angst vor polnischen Verhältnissen ist offensichtlich groß“

HK: Wie erklären Sie sich in dieser Beziehung die Situation in der ČSSR? Wenn ich es recht sehe, wird dort von allen kommunistischen Staaten, von Albanien einmal abgesehen, jedenfalls im östlichen Europa die Kirche am meisten unterdrückt. Selbst in den zur Sowjetunion gehörigen baltischen Ländern meint man ein gewisses Aufatmenkönnen der Kirche zu spüren. Warum ist die ČSSR in der Religionspolitik sowjetischer als die Sowjets?

König: Ich kann mich nicht gut und will es auch nicht in die Lage der Regierung oder der kommunistischen Partei der ČSSR versetzen. Aber Sie haben recht, daß sich die Lage in der ČSSR in den 70er und besonders in den letzten Jahren sehr zugespitzt hat. Die Situation dort ist zwar von ihrem inneren Zustand her nicht entmutigend, Christen in der ČSSR, Geistliche und Laien, zeigen viel Mut und Treue zu ihren Überzeugungen ...

HK: Haben Sie den Eindruck, daß der Prager Frühling bzw. die Angst, die innere Opposition könnte sich wieder stärker regen, so sehr nachwirkt?

König: Das muß man vermuten.

HK: Aber die katholische Kirche in der ČSSR war zwar eine positive Kraft zur Zeit des Prager Frühlings, doch sie hat ihn nicht herbeigeführt, und die Menschenrechtsbewegung um die Charta 77 ist jedenfalls primär auch keine Bewegung von Katholiken ...

König: Es ist sehr schwierig, dazu etwas Genaues zu sagen. Aber obwohl es in den letzten Jahren fast unmöglich

geworden ist, der Kirche dort selbst bescheidene Erleichterungen zu schaffen oder etwa in der Frage der Bischofsnennungen einen Schritt weiterzukommen, ist das Selbstbewußtsein der Gläubigen gewachsen. Sie wehren sich viel mehr als früher, wo sie können bzw. wo sie sich in ihren Rechten als Staatsbürger verletzt sehen.

HK: Ist das nicht ein Stück weit auch das Ergebnis des verstärkten Drucks selbst und zum anderen Teil auch Ausdruck des gesamten politisch-gesellschaftlichen Klimas des Landes? Man gibt den Kampf nicht auf, auch wenn der eine Anhänger der Bürgerrechtsbewegung nach dem anderen verhaftet wird.

König: Das ist sicher ein nicht unbedeutender Gesichtspunkt. Ich wollte aber noch etwas anderes sagen. In der Kirche der Tschechei vor allem ist es Ende der 60er Jahre in Teilen wenigstens zu einer bemerkenswerten Blutaufrischung gekommen. In der Erneuerungsperiode ist die Kirche gerade für junge Menschen, auch für Intellektuelle, attraktiver geworden. Eine ganze Reihe Intellektueller haben Theologie studiert. Es gibt heute eine beachtliche Zahl von Geistlichen, die, bevor sie Theologie studierten, bereits ein volles akademisches Studium hinter sich hatten.

HK: Verfügt die Kirche der ČSSR dadurch heute über einen Klerus auf höherem intellektuellem Niveau als dies früher der Fall war?

König: Ja, zum Teil ist das der Fall, und diese Geistlichen sind auch seelsorglich besonders aufgeschlossen und haben Ansehen bei der Bevölkerung. Man darf aber bei der Beurteilung der Lage in der Tschechoslowakei auch die Vorgänge in Polen nicht übersehen. Die Angst, man könnte polnische Verhältnisse im eigenen Lande erhalten, ist offensichtlich groß. Zwischen der Erneuerungsbewegung in Polen und ihrer Unterdrückung und der Verschärfung des Drucks in der ČSSR gibt es sicher nicht nur einen zeitlichen Zusammenhang.

„Kommunistische Funktionäre haben vielfach ein veraltetes Kirchenbild“

HK: Herr Kardinal, auch kommunistische Herrschaftssysteme kennen den Unterschied von Theorie und Praxis. Alle Verfassungen kommunistischer Staaten anerkennen die Religionsfreiheit als Verfassungsgrundsatz, aber der reale Sozialismus unterdrückt Religion. Unter diesem Aspekt und in Zusammenhang mit dem, was Sie eben zum Verhältnis ČSSR-Polen gesagt haben: Ist die Religionspolitik der kommunistischen Staaten heute noch von der Parteidoktrin oder nicht eher von dem inneren Sicherheitsbedürfnis des Systems bestimmt?

König: Das ist wieder eine interessante Frage. Ich glaube, daß in der Sicht kommunistischer Parteien beide Gesichtspunkte Gewicht haben. Als Grundsatzfrage wird Religion für sie wieder wichtiger, weil sie sich durch das Wiedererstarken religiöser Kräfte herausgefordert fühlen. Es ist halt so, daß die realen Entwicklungen in der

Gesellschaft mit den Erwartungen kommunistischer Theoretiker und Funktionäre an die Religion nicht Schritt halten. Jetzt sind sie gezwungen, sich wieder mehr mit Religion – dem Islam auch, aber vor allem mit der christlichen Religion – auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite ist das Ansehen des Marxismus als legitimierende Ideologie weiter gesunken. Ich erinnere mich gut an einen sehr geachteten Wissenschaftler eines kommunistischen Landes, der von mir nach der Einschätzung der marxistischen Doktrin gefragt, sagte, es amüsiere ihn, an Kongressen im Westen teilzunehmen und dabei festzustellen, im Westen wenigstens werde der Marxismus ernst genommen.

HK: Findet damit nicht doch eine Verlagerung von der Legitimationsebene auf den Sicherheitsfaktor statt? Man braucht nicht so sehr den Atheismus zur Legitimierung der eigenen Herrschaft, aber man sieht in jeder Erstarbung von Kirchen und religiösen Bewegungen eine Gefahr für die Stabilität des eigenen Systems?

König: Ich glaube nicht, daß hier eine Verschiebung stattgefunden hat. Es gibt natürlich einzelne Stimmen im kommunistischen Bereich, für die der Staatsatheismus der Partei und die Beschränkung oder Verletzung der Religionsfreiheit die Unterdrückung von Staats wegen nicht unbedingt zusammengehören. Der prominente jugoslawische Kommunist Kardelj meinte schon 1953: „Wir Kommunisten sind Atheisten, aber Atheismus ist nicht unsere Religion und deshalb sind wir nicht religiös intolerant.“ Und kommunistische Führer im Westen sagen dasselbe. Aber überall, wo Kommunisten an der Macht sind, bekämpfen sie Religion grundsätzlich, behindern die kirchliche Arbeit und machen Christen über die Erziehung, beim Zugang zu beruflichen Stellungen zu Bürgern zweiter Klasse. Der kommunistische Staatsatheismus beansprucht den Menschen eben total.

HK: Dennoch ist oft das Argument zu hören, Glaube und Religion interessierten den Vertreter eines kommunistischen Regimes nicht, wohl aber die wirkliche wie die vermeintliche Macht der Kirche.

König: Das zweite schließt das erste nicht aus. Es geht ja immer um den Einfluß auf Menschen. Die Schwierigkeit ist, daß die kommunistischen Parteien – ich will niemanden verurteilen, sondern nur etwas feststellen – weltanschauliche Konkurrenz über das mit der Parteiräson gerade noch verträgliche Maß hinaus nicht zulassen wollen. Im übrigen haben kommunistische Funktionäre vielfach ein veraltetes Kirchenbild; die Kirche, die sie sich vorstellen, ist nicht die Kirche von heute, eher die Kirche von vor hundert Jahren, wo sie tatsächlich noch mehr Macht hatte bzw. mit den staatlichen Mächten noch enger verquickt war. Sie verstehen offenbar nicht, daß die Kirche sich gewandelt hat, daß es ihr um den Menschen und nicht um Infragestellung staatlicher Zuständigkeiten geht.

HK: Wirkt hier neben dem zaristischen Muster vom Verhältnis Kirche-Staat in den heute kommunistischen Staa-

ten der ehemaligen Donaumonarchie auch josephinistische Kirchenpolitik nach? Es fehlt ja geschichtlich in diesen Ländern noch eine Tradition der freien Kirche im freien Staat ...

König: Diesen Zusammenhang gibt es. Auch Kommunisten schaffen gesellschaftliche Verhältnisse nicht neu, sondern bauen ihr System auf dem auf, was sie gesellschaftlich und kulturell vorfinden.

„Daß Gewalt gegen Religion kontraproduktiv ist, müßte auch einem Kommunisten einleuchten“

HK: Herr Kardinal, Sie betonen sehr stark – Sie haben es auch auf dem ORF-Kongreß getan – die internationalen Deklarationen als einen möglichen Weg zu mehr Religionsfreiheit. Eine *captatio benevolentiae* oder doch die Hoffnung, dies könnte wenigstens langfristig ein Weg sein?

König: Natürlich ist das eine Hoffnung. Und diese hängt auch davon ab, ob es sich bei solchen internationalen Absichtserklärungen um verbindliche Dokumente mit völkerrechtlichem Charakter handelt. Das heißt, es kommt darauf an, wie weit solche internationalen Erklärungen – wie z. B. die Schlußakte von Helsinki – in das staatliche Gesetz der einzelnen Signatarmächte aufgenommen und die entgegengesetzten Gesetze – z. B. das Strafrecht – dementsprechend angepaßt werden.

HK: Aber mehr als ein Fingerzeig, das Regime auf international verbürgte Grundrechte als Bürger hinweisen zu können, sind in diesem auch völkerrechtliche Dokumente nicht ...

König: Damit mögen Sie recht haben. Aber es scheint mir ein bedeutsamer Vorgang zu sein, daß sich gläubige Bürger in kommunistischen Staaten heute nicht nur von uns im Westen weniger isoliert fühlen, sondern sich unter Berufung auf solche Deklarationen und Verträge auch mehr zur Wehr setzen. Diese verpflichten ja – wie Korb 3 von Helsinki, der 1976 in Kraft getretene Pakt über zivile und politische Menschenrechte und insbesondere die Erklärung der Vereinten Nationen gegen religiöse Diskriminierung, zur Gewissens- und Religionsfreiheit von 1981 – nicht nur den Staat, sondern sprechen die dort formulierten Rechte dem einzelnen Bürger zu. Diese fühlen sich dadurch ermutigt, im Falle der Verletzung von Menschenrechten bei den staatlichen Behörden vorstellig zu werden. Die harten Strafen für mutige religiöse Bekenner werden in der nichtkommunistischen Welt als Verletzung der Menschenrechte und Religionsfreiheit divulgirt; die öffentliche Meinung in der großen Welt reagiert darauf; daran kommen auch kommunistische Staaten nicht einfach vorbei.

HK: Ich möchte gerne noch einmal das Sicherheitselement ansprechen. Sie gebrauchen gegenüber kommunistischen Staaten – und wenn ich recht orientiert bin, hat das

auch Paul VI. mehrfach getan – u. a. das Argument, mit der Verfolgung gläubiger Menschen beraubten sich kommunistisch regierte Staaten der Mitarbeit ihrer besten Bürger. Wenn man ihnen die Freiheit lasse, seien sie immer loyale Staatsbürger gewesen ...

König: Das ist zunächst ein sehr westliches Argument. Es entspricht unserem demokratischen Staatsverständnis, daß Bürger um so loyaler sind, je mehr der Staat ihre Persönlichkeitsrechte respektiert. Aber das Argument müßte gerade für Kommunisten verständlich sein. Kommunistisch regierte Staaten haben von der Opposition von Christen um so weniger zu befürchten, je mehr sie deren Freiheitsrechte respektieren. Sie müßten einsehen, das scheint mir auch für Kommunisten ein vollziehbarer Gedanke zu sein, daß im Sinne der Stabilität der von ihnen regierten Staaten die Einschränkung der Religionsfreiheit und der Druck auf die Kirche mit Hilfe staatlicher Gewalt, wie die Italiener sagen, „contraproducente“ ist, daß damit für sie selbst mehr Probleme geschaffen als gelöst werden.

HK: Darf ich mich andersherum auch einmal in die Mentalität von Vertretern der kommunistischen „Lehre“ begeben, auch wenn daraus eine etwas schiefe Art von advocatus diaboli wird. Wenn Glaube und Religion durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und den Fortschritt der Menschheit zum Verschwinden verurteilt sind, dann besorgt das der Säkularismus freiheitlicher westlicher Gesellschaften gründlicher als staatliche Gewalt und atheistische Erziehung es vermögen. Ich meine, die eingangs von Ihnen genannten Touristen haben nicht ganz unrecht. Kirchen sind trotz aller Risiken für die Gläubigen in Prag oder selbst in Moskau oft voller als im päpstlichen Rom ...

König: Wir sollten, glaube ich, das letztere Argument nicht zu sehr strapazieren, die Verhältnisse sind zu verschieden. Auf alle Fälle haben in diesen Ländern die Fragen nach der Sicherung der Macht immer Priorität. Aber Ihre eigentliche Frage scheint mir nicht abwegig zu sein. Wenn ein kommunistischer Funktionär den Westen mit seinen Augen betrachtet, müßte das für ihn eigentlich einleuchtend sein. Einen Zustand der Freiheit zu schaffen, in der Gläubige und Ungläubige miteinander leben können und es der Geschichte überlassen wird, wie sich die Wege entwickeln, das müßte auch für einen Marxisten plausibel sein, zumal, wenn es ihm wie uns wirklich um den Menschen zu tun ist. Im übrigen sind die Motive und Beweggründe, warum man Religion verfolgt oder unterdrückt, im Osten verschieden: Eine starke Kirche wird man versuchen zu spalten, eine schwache eher dem Staate dienstbar zu machen.

„Gläubige in bedrängter Lage haben ein gutes Gespür dafür, wer loyal ist“

HK: Hier auf dem ORF-Kongreß wie auch sonst wird viel von der Wiederbelebung religiösen Interesses und religiöser Praxis speziell bei jungen Menschen gesprochen.

Überschätzen wir diese Entwicklung nicht? In einem totalitären System kann Religion auch leicht zu einer Funktion des Protests werden?

König: Natürlich kann in einem System wie dem kommunistischen Religion auch zum Mittel des Protests werden, aber wir sollten auch nicht zu vordergründig urteilen. Ich halte die verschiedenen Formen einer Wiederbelebung von Religion und Glaube für echt und das wieder gewachsene Interesse von Jugendlichen am Christentum und auch am kirchlichen Leben nicht einfach für einen Ausdruck der Neugier für etwas, mit dem man des Staates oder der Partei wegen nichts zu tun haben soll, oder für Dinge, die von dort her negativ dargestellt werden. Ich finde gerade das bestätigt, was Mircea Eliade in seiner „Geschichte der religiösen Ideen“ mit vielen anderen erfahrenen Wissenschaftlern und Zeitgenossen sagt: daß Religion ein Wesensausdruck des Menschen ist. So sucht Jugend vor allem eine Antwort auf die Sinnfrage des eigenen Lebens und erst dann, wenn überhaupt, auf die Frage nach der Zukunft des Kommunismus. Es geht dabei immerhin um eine Jugend, die zwar ihr Wissen über den Glauben vielfach aus den Museen des Atheismus holt, wo nicht wenige ihn zunächst kennenlernen, die dabei aber nicht stehenbleibt, sondern weiterfragt.

HK: Ist das Hauptproblem der Kirche wenigstens in den kommunistischen Staaten, wo der Druck auf die Kirche am größten ist, nicht die Gefahr der Aufspaltung oder der Konfrontation zwischen einer mit dem Regime jeweils Kompromisse schließenden Hierarchie und Gläubigen, die sich dadurch verraten fühlen?

König: Es ist eine wichtige und sehr schwierige Frage, bis zu welcher Grenze Bischöfe und Priester gehen können, ohne die Kirche zu kompromittieren. Wir müssen da sehr vorsichtig im Urteilen sein. Was ich dazu sagen kann, ist, daß Gläubige in bedrängter Lage ein sehr gutes Gespür dafür entwickelt haben, wer kirchlich loyal ist und wer das Wohl der Gläubigen an die erste Stelle setzt oder wer sich in eine andere Richtung bewegt, und sie verhalten sich entsprechend. Sie meiden Priester, Prälaten, die dem Staat zu sehr zu Willen sind oder gehen, wenn ein zweiter von der Partei besonders begünstigter Priester in einer Pfarrei auftaucht, einfach nicht hin.

HK: Zeichnet sich damit – wie übrigens unter völlig anderen Voraussetzungen und aus anderen Gründen auch im Westen – eine Entwicklung hin zu unterschiedlichen, aber parallelen Kirchlichkeiten, um nicht zu sagen zu Parallelkirchen ab? Hier die vom Staat bevormundete Hierarchie und Teile ihrer Infrastrukturen, dort gegen diesen Zustand aufbegehrende Gläubige – siehe die sog. Geheimkirche in der ČSSR oder die Basisgemeinschaften in Ungarn!

König: Ich leugne nicht ganz die Entwicklungen, auf die Sie anspielen, aber die östlichen Hierarchien sagen z. B., man müsse unterscheiden zwischen solchen Gruppierungen, die sich loyal innerhalb der bestehenden Kirchen-

strukturen bewegen, und solchen, die eigene Wege gehen. Und es besteht auch die Gefahr, daß die andere Stelle sich einmischt und die Kirche spalten will ...

HK: Der „anderen Seite“ scheint aber mehr an der Einheit einer ihr möglichst gefügigen Kirche zu liegen. Aus Ungarn ist z. B. zu hören: Solange Ihr Bischöfe nicht die Basisgemeinschaften in der Hand habt, gibt es keine von Euch gewünschte Regelung des kirchlichen Religionsunterrichts ...

König: Auch diese Seite gibt es, d. h. zumindest besteht der Wunsch nach einer jederzeit kontrollierbaren Kirche. Von kirchlicher Seite dürfen wir gerade hier nicht ohne genaue Kenntnis der örtlichen Situation urteilen und müssen im Gespräch miteinander darauf hinwirken, daß die spontan und oft unter großem Einsatz mutiger Priester sich bildenden Gruppen nicht den Weg aus der Kirche herausgehen.

HK: Gilt vom Heiligen Stuhl her noch die „Ostpolitik“, wie sie – von Ihnen mitgestaltet – unter Johannes XXIII. begann und unter Paul VI. fortentwickelt wurde? Man hat gelegentlich den Eindruck, Johannes Paul II. praktiziere in dieser Beziehung nicht nur einen anderen Stil, sondern eine andere Konzeption.

König: Ziel aller Bemühungen des Heiligen Stuhles war es immer und ist es auch heute, den Kirchen und den Christen in den kommunistischen Ländern so viel Lebensraum und Freiheit wie möglich zu sichern. Sicher haben sich im Verlauf der Zeit auch verschiedene Akzente oder – ich würde lieber sagen – Schwerpunkte ergeben. Am Anfang unter Johannes XXIII. ging es zunächst einmal darum, Kontakte zu knüpfen mit den Kirchen im Osten und zu ihren Gunsten, so gut es ging, Verbindungen durch Besuche wiederherzustellen. Paul VI. war neben der unmittelbaren Hilfe für die Kirchen vor allem um einen langfristig angelegten Dialog bemüht. Ich habe Paul VI. sehr geschätzt und glaube, daß sein Bemühen um den Dialog der richtige Weg war.

„Es gibt zweifellos eine neue Entwicklung“

HK: Betreibt der jetzige Papst eine andere, unnachgiebigere Ostpolitik?

König: Als Papst, der selbst aus einem kommunistischen Land kommt, ist Johannes Paul II. eine direktere Umgangsart mit den Vertretern kommunistischer Länder gewöhnt. Seine Meinung ist, daß auf sie mehr Eindruck macht, wenn man ihnen klar und auch mit einer gewissen Härte gegenübertritt. Er hat als Papst slawischer Herkunft zu einem neuen Selbstbewußtsein der Kirchen in Osteuropa beigetragen. Er selbst hat mehrfach darauf hingewiesen, daß neben dem romanischen und dem germanischen Element in der bisherigen Geschichte der katholischen Kirche das slawische zu kurz gekommen sei. Das ist zweifellos eine neue Entwicklung.

HK: Das gewachsene Selbstbewußtsein korrespondiert möglicherweise mit der größer gewordenen Angst der anderen Seite vor Destabilisierung. Muß ein Papst, der atmosphärisch so viel zu bewegen in der Lage ist und aus dem „eigenen“ Bereich kommt, nicht eher doppelt vorsichtig sein, wenn er für die dortigen Kirchen etwas erreichen will? Und hat nicht auch das Insistieren auf den Menschenrechten, so sehr die Gesamtkirche dazu verpflichtet ist, gerade im Osten auch eine Kehrseite? Ein totalitäres System, atheistisch oder nicht, ist möglicherweise eher bereit, sich scheinbar etwas mehr Spielraum für Religionsgemeinschaften abzurufen, als global und präzise zugleich über Menschenrechte mit sich reden zu lassen.

König: Daß gerade der gegenwärtige Papst in kommunistischen Ländern als besondere Herausforderung empfunden wird, ist bekannt. Wir sehen es an den Reaktionen aus diesem Bereich, wenn der Heilige Vater sich zu den dortigen Kirchen äußert oder eine entsprechende Initiative ergreift. Und die verschiedenen Theorien über die letzten Urheber des Papsttätters kennen Sie ja. Zu den Menschenrechten meine ich, Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht und sie kann auch nur als Teil einer umfassenden Menschenrechtspolitik voll zur Geltung kommen. Je nachdrücklicher die Menschenrechte insgesamt eingefordert werden, um so mehr wird auch bewußt, daß die Freiheit der Religionsausübung, und zwar individuell wie gemeinschaftlich ein Menschenrecht ist und als solches verteidigt werden muß. Im übrigen zeigt die Erfahrung, daß in Fragen der Menschenrechte das pragmatische Vorgehen leichter zu positiven Ergebnissen führt als grundsätzliche Auseinandersetzungen. In den kommunistischen Staaten betrachtet man die Menschenrechte systemimmanent als staatsbürgerliche Rechte. Jede grundsätzliche Auseinandersetzung mit solchen Fragen setzt immer die Verträglichkeit mit dem Gesamtsystem voraus.

HK: Wenn diese Spannung also bleibt, was würden Sie für die absehbare Zukunft der Kirchen in diesen Ländern daraus ableiten?

König: ... Daß eine rasche oder plötzliche Änderung der Religionspolitik seitens der marxistisch-kommunistischen Staaten nicht zu erwarten ist. Es bestehen aber Anzeichen für eine langsame Änderung des Staatsatheismus, der mit dem Generationswechsel zusammenhängen dürfte. Die jüngere Generation, die weder um die Situation der Religion im eigenen Land in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts weiß, noch um damals bestandene Mißbräuche in der Kirche – eine Jugend, die außerdem mit der philosophischen Grundlegung des Atheismus durch Feuerbach im 19. Jahrhundert nicht viel anzufangen weiß –, sie steht einem aggressiven Atheismus distanziert gegenüber. Auch bei Parteimitgliedern ist äußeres Verhalten und innere Gesinnung oft nicht identisch. Sie brauchen dazu nur nachzulesen, was Alexander Sinowjew hier auf dem ORF-Symposium gesagt und in seinem Buch „Lichte Zukunft“ (1981) geschrieben hat.